



Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

## Pressemitteilung

Berlin / Hamm, 06.05.09

# Bauernverband und Milchindustrie für katastrophale Milchpreise verantwortlich

Handel nutzt Überschüsse, die Bauernverband und Milchindustrie nicht vermeiden wollten. Die Milchbauern selbst sind gefordert

„Diese katastrophalen Milchpreise haben der Deutsche Bauernverband und die Milchindustrie zu verantworten und nicht Aldi oder Lidl. Die Handelsketten spielen nach den Regeln des Marktes. Und am Markt gibt es schlicht zu viel Milch. Bauernverband und Milchindustrie haben alles daran gesetzt, dass die Politik in Bundesrat, Bundesministerium und auf EU-Ebene mehr Menge am Markt zugelassen hat. Unter ihrem massivem Druck wurden alle politischen Zusagen gebrochen, die Forderungen der Milchviehhalter nach einer bedarfsorientierten Mengenanpassung umzusetzen“, kommentiert **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL.

„Die Empörung und Wut, von der die Spitze des Bauernverbandes spricht, nehmen ihr die Milchbauern und Bäuerinnen nicht mehr ab. Aber wir Bauern und Bäuerinnen dürfen bei unserer Empörung und Wut auf den Bauernverband nicht stehen bleiben. Es ist längst klar: Der Bauernverband vertritt die Interessen der Milchindustrie, nicht die der Bauern. Wir Milchviehhalter sind nun erst recht gefordert, uns zu einem wirksamen Markt-Akteur zu bündeln. Alle Milchbäuerinnen und Milchbauern müssen möglichst geschlossen in die Milcherzeugergemeinschaft Milchboard eintreten, um den notwendigen Druck auf die Milchindustrie und auf die Politik zu verstärken“, fordert die AbL-Vorsitzende **Maria Heubuch**, Milchbäuerin im Allgäu, ihre Kollegen und Kolleginnen auf.

„Es braucht diese marktwirksame Macht in der Hand der Milchviehhalter, damit die Politik sich in unserem Interesse bewegt. Zur Zeit gehen noch alle politischen Maßnahmen an der Ursache des Problems vorbei und werden daher die existenzbedrohende Situation der Milchviehhalter nicht lösen. Angesichts von über 4 Mrd. Euro, die die deutschen Milchviehhalter in diesem Jahr verlieren, wenn nicht schnell das Angebot an den Bedarf angepasst wird, sind 90 Millionen Euro aus dem EU-Konjunkturpaket für zwei Jahre mehr Hohn als Hilfe“, so Graefe zu Baringdorf. „Alle Maßnahmen, auch der subventionierte Herauskauf von Butter und Milchpulver, verpuffen, solange unterlassen wird, den Milchfluss zu drosseln, damit weniger Milch nachkommt“, sagt der AbL-Vorsitzende.

„Bund und Länder haben viele Möglichkeiten, am Milchhahn zu drehen. Ein erster Schritt muss sein, die jüngsten Quotenerhöhungen auszusetzen, indem sie in die nationale Reserve gestellt und – in Verbindung mit einer Aussetzung der Saldierung – vom Markt ferngehalten wird. Frankreich macht vor, dass es geht. Es kommt darauf an, diese Möglichkeiten nun auch in Deutschland schnell zu nutzen“, so Maria Heubuch.

Kontakt für die Redaktionen: Maria Heubuch, Tel.: 07561-5937  
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Tel.: 0171-3627711